

Online unter: <http://www.cicero.de//weltbuehne/usa-wahlen-die-blockierte-nation/51785>

Weltbühne

USA im Wahlkampf

**Die blockierte Nation**

**Von Josef Braml**

**8. September 2012**

picture alliance



Symbolträchtig zerfleddert: Eine US-Flagge in einem Tornado-Gebiet

***Die US-Politik ist kaum in der Lage, zumindest die akuten Probleme des Landes zu lösen. Die wirtschaftliche Schwäche vertieft stattdessen die ideologischen Gräben zwischen Demokraten und Republikanern. Das untergräbt die Legitimation des Regierungssystems insgesamt.***

Der amtierende US-Präsident Barack Obama hat vor vier Jahren einen Politikwechsel versprochen. Wer heute von Obama enttäuscht ist, versteht nicht, wie groß die Probleme waren, die ihm sein Vorgänger hinterlassen hat. Und er hat auch keine Vorstellung davon, wie das politische System in den USA funktioniert bzw. nicht mehr funktioniert. Man muss diese beiden Aspekte berücksichtigen, um auch die Entwicklung in den USA nach den Wahlen einschätzen zu können.

Zum einen haben sich in den vergangenen drei Jahrzehnten in den USA massive soziale und wirtschaftliche Probleme zusammengebraut, die mit der Wirtschafts- und Finanzkrise offensichtlich wurden: Verrottende Infrastruktur, mangelhafte Ausbildung, sinkende Realeinkommen, hohe Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit und Armut, steigende Energiepreise, schwindende Kaufkraft, industrieller Verfall, fast unbezwingbare Schuldenberge – um nur einige zu nennen. Angesichts der

langen Leporelloliste von Sünden vergangener Jahrzehnte wird es auch längere Zeit erfordern, um Abhilfe zu schaffen.

Zum anderen jedoch ist wegen dieser grundlegenden Probleme die Handlungsfähigkeit der Politik massiv eingeschränkt. Was viele nicht auf dem (Fernseh-)Schirm haben, die sich nur auf das Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden Präsidentschaftskandidaten fokussieren: Mindestens genauso wichtig wie das Rennen um das Weiße Haus sind die Kongresswahlen. 435 Repräsentanten des Abgeordnetenhauses und ein Drittel des 100-köpfigen Senats stehen alle zwei Jahre, also am 6. November ebenso zur Wiederwahl an. Es ist wahrscheinlich, dass mit den Wahlen 2012 einmal mehr eine Regierungskonstellation des „divided government“ gegeben sein wird, das heißt, dass die Partei, die den Amtsinhaber im Weißen Haus stellt, nicht über Mehrheiten im Kongress, der „anderen politischen Gewalt“, verfügt. Mindestens eine Kammer der Legislative, entweder der Senat oder das Abgeordnetenhaus, wird auch nach den Wahlen die Initiativen des Amtsinhabers im Oval Office blockieren.

In der derzeitigen Machtkonstellation sind Präsident und Kongress kaum in der Lage, wenigstens die akuten Probleme zu lösen. Im Gegenteil: Die wirtschaftliche Schwäche vertieft die ideologischen Gräben zwischen Demokraten und Republikanern. Das verstärkt die Dysfunktionalität und untergräbt die Legitimation des Regierungssystems.

Wie sehr das Grundvertrauen der amerikanischen Bevölkerung in ihre Regierung inzwischen erschüttert ist, offenbart eine repräsentative Umfrage der Washington Post, wonach acht von zehn Befragten unzufrieden sind mit der Art und Weise, wie das politische System funktioniert bzw. nicht mehr funktioniert. Sieben von zehn Amerikanern stimmen der Begründung der Ratingagentur S&P zu, dass ihr Regierungssystem „weniger stabil, ineffektiver und weniger berechenbar“ geworden sei. Genauso viele potenzielle Wählerinnen und Wähler haben wenig oder keine Hoffnung, dass die Regierung in Washington die wirtschaftlichen Probleme des Landes lösen kann.

Demokraten und Republikaner konnten sich in den vergangenen zwei Jahren nicht auf Kompromisse verständigen. Viele Republikaner stehen der Tea-Party-Bewegung nahe und benötigen deren Unterstützung, um wiedergewählt zu werden. Die Anhänger der Tea-Party betreiben jedoch Fundamentalopposition, so dass sich unter anderem auch bei der letzten Anhebung der Schuldenobergrenze im Sommer 2011 der Kongress und das Weiße Haus sich nicht auf einen Kompromiss einigen konnten. Die Unfähigkeit der Politik hat schließlich die amerikanischen Ratingagenturen genötigt, die Kreditwürdigkeit der USA herabzustufen.

Die USA stehen bald wieder vor dem finanziellen Abgrund: Zum einen laufen zum Jahresende die noch von George W. Bush eingesetzten und von Obama verlängerten Steuererleichterungen aus. Zum anderen werden ab Januar 2013 automatische Haushaltskürzungen in Kraft treten (wegen der Kompromissunfähigkeit bei der Anhebung der Schuldenobergrenze im Sommer 2011). Beides wird die ohnehin prekäre Wirtschaft der USA weiter schwächen und Arbeitsplätze kosten. In dieser Situation müssen die politisch Verantwortlichen in den USA dann einmal mehr die Schuldenobergrenze anheben – der nächste Showdown ist vorprogrammiert.

Spätestens im Januar 2013, zu Beginn der Amtszeit des neuen Präsidenten und der Legislaturperiode des nächsten Kongresses, werden auch die Ratingagenturen wieder die wirtschaftliche und politische Lage in den USA in den Blick nehmen müssen. Hinsichtlich der kritischen Verschuldung des Bundes aber auch der problematischen Perspektiven der Einzelstaaten drücken sie seit längerem beide

Augen zu. Rechnet man die Pensionsverpflichtungen, nicht zuletzt auch jene der Einzelstaaten, zur Gesamtschuldenlast der USA hinzu, dann steht das Land viel schlechter als etwa Griechenland da. Doch die bisherige Herabstufung im Sommer 2011 war nicht wirtschaftlich oder finanziell, sondern vielmehr mit der Handlungsunfähigkeit der Politik begründet.

Angesichts der Blockade der politischen Gewalten ist die US-Notenbank die einzig handlungsfähige Institution in Washington. Die Federal Reserve versucht weiterhin, mit Liquiditätsspritzen die Wirtschaft der USA wiederzubeleben. Sie überschwemmt die Märkte mit Geld. Doch die wachstumsfördernde Wirkung der so genannten quantitativen Lockerung ist begrenzt. US-Notenbankchef Ben Bernanke weiß, dass Geld drucken kein Wachstum generiert. Die Maßnahmen haben lediglich (bislang) eine Kernschmelze im Bankensektor verhindert. Das Anwerfen der Notenpresse erhöht den Druck auf den Dollar und führt mittel bis langfristig zu Inflation. Die ist gewollt, denn sie verringert die Schuldenlast.

Dass in Amerika nicht alles Gold ist, was in den Augen der Ratingagenturen heute noch glänzt, sollten auch jene Anleger wissen, die weiterhin in amerikanische Staatsanleihen investieren. Als „sicheren Hafen“ kann man den Dollar nicht mehr bezeichnen. Die US-Notenbank kann ihre Politik der „quantitativen Lockerung“ nur solange betreiben bis deutlich wird, dass man mit der Geldpresse die gravierenden Strukturprobleme nicht beheben kann. Sie werden nur aufgeschoben und damit vergrößert.

Auch Europäer und insbesondere exportorientierte Volkswirtschaften wie Deutschland werden mit ernsthaften Lasten konfrontiert, wenn der Dollar schwächer und der Euro zu stark sein wird. Solange der Euro schwach geredet wird, kann allen voran die deutsche Wirtschaft günstiger exportieren.

Sollten jedoch Anleger verstärkt aus dem Dollar fliehen und in den Euro flüchten, würde die Verteuerung unserer Exporte auch die deutsche Wirtschaft und Politik zum Nachdenken zwingen: Darüber wie wir etwa durch Lohnerhöhungen und staatliches Umsteuern unseren Binnenkonsum stärken können, um nachhaltig und generationengerecht aus der Krise herauszuwachsen.



**Dr. Josef Braml** ist USA-Experte der **Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DAGP)** in Berlin. Sein aktuelles **Buch „Der amerikanische Patient“ (Siedler-Verlag)** ist auf der Shortlist der besten Wirtschaftsbücher 2012 und für den International Book Award der diesjährigen Frankfurter Buchmesse nominiert.

